



Beschlussvorlage

öffentlich: Ja
Drucksachen-Nr.: 06/449
Erfassungsdatum: 22.09.2015

Beschlussdatum:

Einbringer:
Frau Dr. M. Schwenke, DIE LINKE,
Dr. U. Rose (AL), SPD, B 90/Die
Grünen interfraktionell angestrebt

Beratungsgegenstand:
Kurzfristige Schaffung einer Stabsstelle „Flüchtlinge in Greifswald – Koordinierung, Kommunikation, Integration & Netzwerkentwicklung“

Beratungsfolge Verhandelt - beschlossen	am	TOP	Abst.	ja	nein	enth.
Senat	29.09.2015	8.10				
Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen	19.10.2015	6.10	zur Kenntnis genommen			
Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend	19.10.2015	7.3		11	1	0
Hauptausschuss	02.11.2015	5.17				
Bürgerschaft	16.11.2015	8.18	zurückgezogen			

Beschlusskontrolle: Termin:

Haushalt	Haushaltsrechtliche Auswirkungen?		Haushaltsjahr
Ergebnishaushalt	Ja <input type="checkbox"/>	Nein: <input type="checkbox"/>	
Finanzhaushalt	Ja <input type="checkbox"/>	Nein: <input type="checkbox"/>	

Beschlussvorschlag

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, in der Verwaltung umgehend eine Stabsstelle zur Lösung und Koordinierung der akuten Integrations- und Organisationsaufgaben bei der Versorgung, Betreuung und Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in der Hansestadt Greifswald zu schaffen.

Sachdarstellung/ Begründung

Die Unterbringung, die Versorgung, die Betreuung und Integration der bereits in Greifswald weilenden sowie der in Aussicht stehenden Flüchtlinge und Asylbewerber ist eine vorrangige humanitäre Aufgabe, die zentral und stabsmäßig wahrgenommen und umgesetzt werden muss. Gleichzeitig muss das Gespräch mit den Einwohnern organisiert und geführt werden, um ein Klima der Gastfreundschaft, der Solidarität und Weltoffenheit für Greifswald zu sichern und zu erweitern.

Folgende Aufgaben sollten dabei u.a. berücksichtigt werden:

Koordinierung: Einmütig konstatierte der Ausschuss für Jugend, Sport und Soziales am 07.09.2015 das Fehlen **EINES** Ansprechpartners in der Verwaltung,

- der oder die weiß, was gebraucht wird,
- der oder die ehrenamtliche Hilfsangebote aufnimmt und kanalisiert,
- der oder die das existierende Netzwerk zusammenhält, Aufgaben verteilt und darüber Begegnung mit den Flüchtlingen organisiert,
- die Zusammenarbeit mit dem Landkreis im Blick hat.

Dafür wurde im Ausschuss vorgeschlagen, die Stelle der Integrationsbeauftragten in Greifswald in eine Vollzeitstelle umzuwandeln. Zurzeit hat sie 8 Stunden pro Woche dafür zur Verfügung, das reicht nicht.

Integrative Kommunikation:

Die Informationspolitik der Stadt muss nach Ansicht des Ausschusses deutlich verbessert werden. Dazu gehört,

- dass Aufklärungsarbeit zu leisten ist, woher die Flüchtlinge kommen und warum, welche Ansprüche sie haben, welche Leistungen sie erhalten.
- über die Chancen für unsere Stadt zu reden.
- darüber zu informieren, wohin man sich wenden kann, wenn man helfen möchte und was gebraucht wird.

Dafür wurde der Vorschlag gemacht, eine Homepage zu entwickeln, die alle diese Informationen aufnimmt und aktuell gepflegt wird. Auch die Errichtung einer Hotline wäre hilfreich.

Der Ausschuss betrachtete es auch als wichtig, mit den Flüchtlingen zu reden, Es ist ganz wichtig Begegnungen mit der Bevölkerung zu organisieren.

Vorgeschlagen wurde, auch in die Schulen zu gehen - gemeinsam mit Flüchtlingen. Hier ist Abstimmung mit dem Kreis notwendig.